

Die Spenger Schlacht

Das Wirken des „Knüppelpastors“ Iskraut im Kampf gegen die Sozialdemokratie im Kreis Herford

Gruppenkonflikte können in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und gesellschaftlicher Umbrüche bei gleichzeitigem Versagen einer staatlichen Steuerung eine Dimension mit katastrophalem Ausmaß erreichen und grundlegend die Erfahrungen für die nächste Generation prägen.

Die Spenger Schlacht vor nunmehr 105 Jahren war ein derartig prägendes Ereignis in der Region. In der Literatur ist dieser Konflikt als „Gruppen- oder Parteienkonflikt“ oft genug beschrieben worden, ohne ihn in den allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen und nach den mentalen Ursachen zu fragen. Auch die Frage nach der Rolle des Staates, nach dem Versagen bzw. Erfolg der Obrigkeit bei der Konflikteindämmung, wurde nicht gestellt. Gleichzeitig soll der Beitrag die Rolle des Vereinsgeistlichen Karl Iskraut ein wenig beleuchten, der zwar nur ein kurzes Intermezzo in Westfalen hatte, für die damalige Zeit aber viel Aufsehen erregte.

Die soziale Frage vor dem gesamtdeutschen Hintergrund

Wie im Großen, auf der Bühne des Deutschen Reiches, spielte sich der Konflikt zwischen Arbeiterschaft, Landwirtschaft und Kirche auch im Kleinen, auf dem Boden der Provinz, ab.

Seit der französischen Revolution setzte auch in Deutschland eine Emanzipationsbewegung ein, die in den Augen der Kirche einen Angriff auf die gottgewollte Ordnung und damit gegen sie darstellte. Aufklärung und Liberalismus wurden als Wegbereiter des Atheismus verstanden. Demokratiebestrebungen stellten nicht nur das staatliche System in Frage, auch die kirchliche Ordnung in Preußen mit dem Landesherrn als Summus episcopus war gefährdet. Insofern war es folgerichtig, wenn die Kirche sich vor allem gegen die Forderungen der wachsenden Arbeiterbewegung nach politischer Partizipation stellte und den Kampf gegen die sozialistischen und atheistischen Ideen in aller Schärfe führte. Dabei war es keineswegs so, daß die Kirche die sozialen Probleme ausblendete. Die Begründung der Inneren Mission durch Wichern war durchaus ein Gegenkonzept zur Linderung der sozialen Not. Und gerade die Erweckungsbewegung formulierte Lösungsstrategien, um das Elend

auf dem Lande und in den Städten zu bekämpfen. Im Mittelpunkt dieser Strategien standen die Hinwendung zu Gott, Engagement für die Diakonie und die Bekämpfung des Alkoholmißbrauches. Aber damit setzte man sich mit den Symptomen auseinander, ohne auf die gesellschaftlichen Ursachen einzugehen.

Trotz des Sozialistengesetzes hatte sich das politische Gewicht der Sozialdemokratie stetig verstärkt. Die Befürchtung wurde immer drängender, daß die Veränderungen geprägt sein würden von der atheistischen Sozialdemokratie. Das traditionelle Bündnis von Thron und Altar, welches durch die Gründung des Kaiserreiches einen neuen Aufschwung genommen hatte, mußte gegen alle Angriffe von innen verteidigt werden. Bereits in den Erlassen von 1878 und 1879 hatte sich die preußische Kirche schon eindeutig gegen die Sozialdemokraten ausgesprochen¹. Die Sozialdemokratie stand danach in totaler Feindschaft zum bestehenden Gesellschaftssystem, wie die kirchen- und familienfeindlichen Aussagen der Partei für die Kirche offenkundig zeigten. In den Augen der Bauern bzw. der Kirche auf dem Lande war die Sozialdemokratie verantwortlich für die Lockerung der Familienbande und die wachsende Genußsucht. 1890 begann die Kirche mit einem Aufruf zur Bildung von Arbeitervereinen einen Großangriff auf die immer stärker werdende Sozialdemokratie. Nun wurde damit zwar auch die Berechtigung der Interessen der Arbeiter anerkannt. Aber die Absicht war klar. Die Arbeitervereine, von deren staatstragendem Charakter ausgegangen werden konnte, sollten eine Alternative zur Arbeiterbewegung werden. Eine soziale Volkskirche sollte die Sozialdemokratie überflüssig machen. Die Stoßrichtung wurde auch in einem Erlaß vom 19. August 1890 deutlich. Darin wurde die Kirche von staatswegen offiziell zur Mitwirkung bei der Bekämpfung von sozialdemokratischen Umstürzbewegungen aufgefordert². Als Gegenleistung dafür finanzierte der Staat in besonders gefährdeten Gebieten, wie z.B. Großstädten und Industriebezirken, zusätzliche Pfarrstellen, um ein Bollwerk gegen den Sozialismus zu bilden. Ob es sich bei der Stelle des Pastors Iskraut um eine derartig staatlich finanzierte Stelle handelte, ließ sich allerdings nicht ermitteln. Offen erklärte sich die Kirche zur Bundesgenossin im Kampf gegen die Sozialdemokratie. In der politischen Auseinandersetzung der kommenden Jahrzehnte bildet diese Konstellation ein Grundmuster, wie das in Anlage abgedruckte Flugblatt aus dem Jahre 1910 eindrucksvoll zeigt³.

¹ Vgl. Erlaß des EOK vom 23. Feb. 1894 in LKA EKvW Best O Nr. 109.

² Vgl. Günter Brakelmann: „Kirche, soziale Frage und Sozialismus“, Band 1, Gütersloher Verlagsanstalt Gerd Mohn, 1977.

³ LKA EKvW Best. 4.13 Abt. V Nr. 1.10.

Spenge, ein Dorf in Ostwestfalen

Allerorts wurden die letzten Jahrzehnte des 19. Jhdts. als Krisenzeit wahrgenommen. Politische Umwälzungen und technischer Fortschritt brachten auch auf dem Lande Veränderungen. Ebenso sanken die gesellschaftlichen Werte rapide. Dieses erkannte vor allem die Institution, die sich für die Einhaltung gesellschaftlicher Werte besonders verantwortlich fühlte: die Kirche. So beklagte der Pfarrer Jellinghaus von der Kirchengemeinde Wallenbrück in einem Bericht an die Kreissynode Halle den festzustellenden Werteverfall. Besonders störte ihn die wachsende Forderung nach Demokratisierung. Im jährlichen Bericht zur Kreissynode schrieb er am 26. Juni 1888: „Im Preußischen Staate hat die Krone mit ihren Räten sowie ein großer Theil der Abgeordneten und der Mitglieder des Herrenhauses es für nöthig erachtet, die politischen Wahlen mit ihren Aufhetzungen, Verführungen und Lügen so viel als möglich einzuschränken. Die Verlängerung der Wahlperioden ist Thatsache geworden und alle, die nicht durch Parteifanatismus verblendet sind, erkennen in dieser Beschränkung eine dem ganzen Volk erwiesene besondere Wohlthat. Da möchte es denn mal an der Zeit sein, daß man auch der Preußischen Landeskirche eine ähnliche Wohlthat zu theil werden ließe. Es wird niemand zu leugnen wagen, daß die jetzigen kirchlichen Wahlen mit eben so vielfältigen Gefahren und mit eben so großen sittlichen Schäden verbunden sind wie die politischen Wahlen. Ja, wenn man darauf sieht, daß diese Wahlen das religiöse Leben streifen und mit religiösen Motiven durchsetzt sind, so muß man sagen, ihre Nachteile sind womöglich noch schlimmer als die der politischen.“

Es ist zuzugeben, daß viele Gemeinden aus verschiedenen Ursachen Jahrzehnte lang so zu sagen im Wahlschlaf liegen und also die bezeichneten Uebelstände so lange nicht fühlen. Dennoch werden auch diese alle zwei Jahre zweimal, das eine mal an mehreren Sonntagen nach einander an heiliger Stätte aufgefordert, sich in den Wahlkampf zu stürzen. Es geschieht das allerdings unter religiösen Reden und frommen Ermahnungen, ändert aber die Sache selbst nicht. Bei dem sittlichen und religiösen Zustande der großen Mehrheit der Gemeinden ist dies viele und ganz unnütze Wahlen nichts als eine Verführung des Volkes, die nach liberal-revolutionären Vorbildern in der Kirchenordnung sich eingenistet hat. Möchten also die Vertreter der Preußischen Landeskirche den Vertretern des Preußischen Staates in diesen Bestrebungen nacheifern, dann werden die Letzteren der Landeskirche doch wohl nicht versagen können, was sie dem Lande gewährt haben, eine Einschränkung des Wahlunfugs.“⁴

⁴ LKA EKvW Best. 4.33 Wallenbrück A 1.

Pluralismus und Demokratie waren Werte, die als zerstörerisch für die Gesellschaft angesehen wurden. Selbst die Wahlen für die kirchliche Gemeindevertretung – ein Grundpfeiler des synodalen Elements der Kirchenordnung – waren eher eine Gefährdung der Gemeindeglieder als Ausdruck kirchlichen Bewußtseins und Selbstverantwortung. Ein Jahr später hatte Pfr. Jellinghaus in seinem Jahresbericht folgende traurige Feststellung zu machen: „Religiöser und sittlicher Zustand: Als eine besondere Schande, die man lieber verschweigen möchte, muß erwähnt werden, daß die offenkundige Lohnhurerei in der Gemeinde Eingang gefunden hat. Im Uebrigen kommt die Religion dadurch abhanden und die Sittlichkeit auf den Hund, daß die materiellen Interessen mehr und mehr das Uebergewicht erlangen und als das einzige und allein den Ausschlag Gebende angesehen werde. Weitaus die Mehrheit ist sich dessen nicht bewußt. Manche aber thun dies mit Absicht und damit hat dann die Schlechtigkeit ihren Gipfel erreicht.“⁵

Im Juni 1891 schrieb Jellinghaus in seinem Jahresbericht: „Religiöser und sittlicher Zustand: Offenbare Versuche, den sozialdemokratischen Religionshaß in der Gemeinde zu verbreiten, sind zwar nicht zu nennen, indes ist die Gefahr keineswegs ausgeschlossen, daß der dem Christentum feindliche Geist der Sozialdemokratie auf mancherlei Weise immer mehr Einfluß gewinnt. Viele haben aber nur eine äußerliche Stellung zum christlichen Glauben. Kommen solche als Arbeiter in antichristliche Umgebung, so lassen sie leicht Alles fahren und folgen der blutrothen Fahne. Andere, die beim Ackerbau und in geordneten Verhältnissen bleiben, werden gleichwohl unter dem Druck, den ihre Lebensstellung oft mit sich bringt und bei dem manchmal rücksichtslosen Wesen des jetzigen Staates und seiner Beamten, so viel vom Zeitgeist beeinflußt, daß sie dem gegenwärtigen Zustand der Dinge und dem ganzen Beamtenheere den Untergang wünschen. Auf diese Weise wird der kommenden Umwälzung im Verborgenen die Bahn bereitet und man wird zu seiner Zeit mit Schrecken gewahr werden, wie auch die Landbevölkerung, soweit sie keinen eigenen Besitz und keinen lebendigen Glauben hat, dem Untergang der bestehenden Ordnungen und ihrer Vertreter theils mit offener Freude, theils mit Gleichgültigkeit gegenüber stehen wird. Was die Menschen säen, daß müssen sie auch ernten, sie mögen wollen oder nicht.“⁶

Wenn auch die Meinung von Jellinghaus nicht repräsentativ sein mag, so war er doch ein genauer Beobachter der Veränderungen in seiner Gemeinde. Er spürte, wie sicherlich viele seiner Zeitgenossen auch, daß die Welt im Umbruch war. Materialismus und Wertezerrfall, wie er

⁵ LKA EKvW Best. 4.33 Wallenbrück A 1.

⁶ LKA EKvW Best. 4.33 Wallenbrück A 1.

durch den Einzug der Prostitution auch in das kleine Wallenbrück deutlich geworden war, machten auch vor dem Land nicht halt. Selbst Minden-Ravensberg, die „schwärzeste Ecke des Paradieses der orthodoxen Pastoren“⁷, blieb vom Geist der Zeit nicht unberührt.

Die gleiche Wahrnehmung erfährt man auch aus dem Synodalbericht der Kirchengemeinde Spenge für die Kreissynode vom 28. Juni 1891: „Allgemeines zur Lage der Kirche wird ohne Zweifel die Fülle geredet, daher wollen wir darauf verzichten. Die aus der sozialen Lage hervorgehenden Gefahren liegen uns nahe genug. Die Arbeiterbewegung in den Cigarrenfabriken verfällt unzweifelhaft der Sozialdemokratie, weil sie nur durch diese Partei ihre berechtigten und unberechtigten Forderungen erfüllt zu sehen hofft. Nicht immer ist indeß ohne Weiteres die Gottlosigkeit mit ihren Auflehnungen verbunden. Wenn auch besonders unter der jungen Arbeiterwelt der Traum an der verheißenen Herrlichkeit gewiß viel Glauben findet, so tritt doch hernach oft mehr Nüchternheit ein und besonders an den Sterbebetten der oft so früh Hinsiechenden erweist sich die Unhaltbarkeit des Gebäudes des Unglaubens und das Bekenntnis, daß die Dinge dann ganz anders aussehen als in gesunden Tagen. Eine gute Sitte besteht noch darin, daß die Fabrikarbeiter bei Strafe sich verpflichten, an den Leichenpredigten bei den Begräbnissen ihrer Genossen theil zu nehmen. Gegen directe vermeintliche Angriffe ihrer Sache reagieren die Localblätter mit großer Entrüstung, wie ein Fall, wo ein solcher gar nicht vorlag, zeigte. An Versammlungen, in denen die soziale Frage behandelt ist, hat es nicht gefehlt. Die Gefahr, daß in der Beziehung zu viel geschehe, besonders auch, wenn auf den Kanzeln der geistige Kampf gegen sie mit Vorliebe geführt wird, wie im sozialdemokr. Blatt es höhnend bezeichnet wird, ist wohl nicht zu erkennen. Schließlich muß es doch die Predigt des Wortes Gottes sein, durch welche erhalten wird, was noch zu halten ist. ... § 10 Wie der Superint.-Bericht der letzten Synode mit Recht hervorhebt, ist unsere Gemeinde durch eine sich bedeutend ausdehnende Industrie wohl am meisten heimgesucht. Unaufhaltsam verliert die Gemeinde den Charakter der Landbevölkerung und geht in eine Fabrikbevölkerung über. Die Folgen einer Industrie, die gestattet, schon Kinder im zarten Alter zu verwenden, können selbstverständlich nur die verheerendsten sein, da sie ein leiblich offenbar immer mehr geschmücktes und geistig ein dem Gewinn und Genuß immer mehr zuneigendes Geschlecht erzeugen. Der Blick in die Zukunft solcher Gemeinden kann nicht anders als sehr trübe sein. Die Schaaren derer, die schon jetzt in materialistischen Anschauungen, wie sie besonders d. sozialdemokratischen viel gelesenen Blätter gefördert werden, versunken sind, mehren sich offenbar. Immer-

⁷ Zeitung „Der Wächter“, Bielefeld, 15. August 1891.

hin darf es ein Trost sein, daß bisher die kirchliche Sitte auch vorhanden ist und man auch nicht wagt, sie zu durchbrechen.“⁸

Mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes wurde diese „Bedrohung“ von Staat und Kirche wiederum sehr viel drängender. Nun war aufs neue die offene Agitation möglich, die den Untergang des bestehenden Systems nur noch beschleunigen würde.

In diesem mentalen Klima fand nun in Spenge der Versuch sozialdemokratischer Agitation auf dem Lande statt. Zur Erringung der politischen Mehrheit waren nicht nur die Stimmen der Industriearbeiter notwendig, sondern auch die Unterstützung durch die Landarbeiter. Wie für die Industriearbeiter forderte die Sozialdemokratische Partei vor allem Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung für die Kötter und Heuerlinge. Die SPD vertrat in der Politik laut eigenem Anspruch die Klasse der besitzlosen Menschen, wozu auch die Landarbeiter zählten.⁹ Zudem befand sich auch die in Spenge dominierende Zigarrenindustrie in einer konjunkturellen Krise. Viele Landarbeiter, die ihren notwendigen Nebenverdienst durch Zigarrendrehen erwarben, waren durch die Lohnleinbußen bedroht. In dieser Krise hofften die Sozialdemokraten, noch mehr Mitglieder zu gewinnen. Die Bauern, die sich eng zur Kirche hielten, die Bürger und die Obrigkeit verstanden dies als Angriff auf ihre „heile Welt“. Angestachelt von kirchlichen Scharfmachern kam es zur Spenger Schlacht.

Intermezzo: Der Königliche Beifall

Als der Landrat Adolph von der Horst im Februar 1847 in Berlin um Hilfe für den notleidenden Kreis Lübbecke bat, traf er am 13. Februar den Prinzen von Preußen¹⁰. Im Laufe des Gesprächs kam der Prinz auch auf die Kommunisten zu sprechen: „Wie ist es aber mit den Kommunisten, z.B. in Bielefeld?“ Antwort: „Die finden keinen Anklang unter den Massen des Volkes, wie denn schon dies tatsächlich bewiesen ward, indem bei einer zum Werben angestellten Versammlung sie von den Bauern Prügel bekommen.“ Der Prinz: „Das ist recht schön und sollte nur öfter ausgeführt werden.“¹¹

⁸ LKA EKvW Best. 4.33 Spenge A 1.

⁹ Vgl. Flugblatt „An die ländlichen Arbeiter“ von Emil Groth, der auch auf der Veranstaltung in Spenge reden und die Landarbeiter werben sollte. STA DT M IIP Nr. 356.

¹⁰ Wilhelm Prinz von Preußen (1797–1888), Bruder des Königs Friedrich Wilhelm IV., ab 1858 Prinzregent, 1861 König von Preußen, 1871 Kaiser.

¹¹ Staatsarchiv Münster, von der Horst zu Hollwinkel, Neuere Registratur Nr. 392, abgedruckt in: Westfälische Zeitschrift, 143. Band, 1993: Manfred Wolf: „Erinnerungen des Landrats Adolph von der Horst an den Aufenthalt in Berlin vom 1. bis 15. Februar 1847 und seine Bemühungen wegen der Notlage im Kreise Lübbecke“, S. 151–195.

Der Versuch der Sozialdemokraten, die Spenger Landbevölkerung zu gewinnen

Schon am 2. August 1891 sollte in Spenge eine Volksversammlung der SPD stattfinden. Die Sozialdemokratie versuchte, auch auf dem „platten Lande“ Zustimmung und Anhänger zu gewinnen, zumal viele Heuerlinge auch in der nahen Industrie arbeiteten. Auf der Wiese, die der Genosse Hermann Borgstädt von dem Kolon Potthoff gepachtet hatte, trafen sich neben den ca. 60 Sozialdemokraten aber auch 200 Bauern und der Spenger Posaunenchor¹². Die Bauern wurden von dem Bielefelder Vereinspastor Iskraut angeführt, der vom Bielefelder Verein für Innere Mission in Minden, Ravensberg, Lippe und Tecklenburg extra für die Eindämmung der Sozialdemokraten seit dem 15. Mai 1890 angestellt war und auch den „Sozialen Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ gegründet hatte¹³. Nach dem damaligen Versammlungsrecht mußten die Veranstalter die Anwesenden einen Vorstand wählen lassen. Da aber die Zahl der Bauern aus der Umgegend größer war als die Zahl der Sozialdemokraten, kam es selbst nach 2 Stunden zu keiner Vorstandswahl¹⁴. Deswegen sah sich der Spenger Amtmann Hei-

¹² Herforder Kreisblatt vom 11. 8. 1891.

¹³ Karl Iskraut ist als Vereinsgeistlicher des Vereins für Innere Mission mehrfach wegen seiner ungewöhnlichen Methoden und radikalen Anschauungen aufgefallen. Die Sozialdemokraten bezeichneten ihn als „Ordnungs-Caspar“. Geboren ist Karl Iskraut am 1. März 1854 in Steinhöfel in Brandenburg. Nach seiner Tätigkeit in Brandenburg zuletzt als Pfarrer in Kemnitz, kam er 1890 nach Bielefeld. 1892 zog er nach Löhne-Gohfeld, wo er bis 1898 wohnte. Nach einer Zwischenzeit in Berlin als Hilfsprediger wechselte er 1900 nach Krösuln in die Provinz Sachsen. 1924 ging er in Ruhestand und starb 87jährig 1942 in Naumburg. Klaus Erich Pohlmann berichtet von der Konferenz des Evangelischen Oberkirchenrates (EOK) in Berlin mit den Konsistorialpräsidenten und Generalsuperintendenten der einzelnen Provinzialkirchen am 4./5. Dezember 1895 über die besonderen Verhältnisse in den Provinzen und der Verbreitung der sozialen Bewegung: In der Provinz Westfalen gelte Pfarrer Iskraut, der als Vertreter der antisemitischen Deutsch-Sozialen Reformpartei seine Agitation vor allem in das Minden-Ravensbergische Land hineingetragen habe, als „bedenklichste Erscheinung“. Iskraut sei in derart „ungeziemender Weise“ aufgetreten, daß er aus seinem Amt der Inneren Mission habe entlassen werden müssen. Bauks charakterisiert ihn folgendermaßen: „er stand wohl an der Grenze der Geistesstörung“ (Friedrich Wilhelm Bauks: „Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945“, Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte Band 4, Luther-Verlag, 1980, S. 238).

Quelle: Personalakte Konsistorium der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg Rep. D-I 18 (2).

Literatur: Klaus Erich Pollmann: „Landesherrliches Kirchenregiment und soziale Frage. Der evangelische Oberkirchenrat der altpreußischen Landeskirche und die sozialpolitische Bewegung der Geistlichen nach 1890“, Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin Band 44, Verlag Walter de Gruyter 1973, S. 198.

¹⁴ Nach Angabe der Volkswacht verhinderte P. Iskraut selbst die von ihm beantragte Auszählung der Versammlung, die die Mehrheit wegen der Bildung der Versammlungsleitung ermitteln sollte. Im übrigen hält die Volkswacht P. Iskraut selber für den Artikelschreiber der Neuen Westfälischen Volks-Zeitung.

delbach veranlaßt, die Volksversammlung aufzulösen. Es blieb bei „dem üblichen Geschrei und dem Absingen socialdemokratischer Lieder“. Pastor Iskraut ließ den Posaunenchor „Ein feste Burg ist unser Gott“ spielen und ein Hoch auf die Majestät ausbringen. Es wurde indes die Parole für den nächsten Sonntag „Auf nach Spenge“ ausgegeben¹⁵. Dem Amtmann Heidelberg wurde dies nicht nur am folgenden Tag von verschiedenen Bürgern mitgeteilt. Schon am Sonntag bekundete Pastor Iskraut dem Amtmann gegenüber, daß sich die Konservativen auf die geplante Veranstaltung freuen würden, um „die verwerflichen Ansichten der Socialdemokraten kennen zu lernen, und daß gleichzeitig [man] auch das Gegenheil dieser Ansichten erfahren werde“¹⁶. In der Neuen Westfälischen Volkszeitung wurde schon im Vorfeld für diese Veranstaltung geworben: „Da am nächsten Sonntag, den 9. d. M., wieder eine öffentliche Versammlung für Spenge einberufen ist, hat wiederum, wie am vorigen Sonntag, die Mehrheit das Bureau zu besetzen, nicht die Partei. Wir bitten unsere Freunde bei dieser Gelegenheit, sich in öffentlichen Versammlungen niemals von den Sozialdemokraten das Heft aus der Hand winden zu lassen.“ Spätestens jetzt hätte der Amtmann Heidelberg die Konfliktsituation, die er mit einer Genehmigung der SPD-Veranstaltung heraufbeschwören würde, spüren können. Aber „nach reiflicher Überlegung bin ich [der Amtmann] zu der Ueberzeugung gelangt, daß durch ein Nichtgestatten der beabsichtigten Versammlung nur große Unzufriedenheiten auf beiden Seiten [sic!] hervorgerufen würden und es das Beste sei, wenn es zu einem beiderseitigen Austausch komme“. Ob Heidelberg gehaut hatte, zu welchem Austausch es kommen würde, läßt sich nicht sagen. So mußten also die Dinge ihren Lauf nehmen. Von der Verwaltung geradezu begünstigt, wurde eine Entscheidung zwischen den Konservativen und den Sozialdemokraten gesucht. Auch später war Heidelberg in keinerlei Weise offen für eine Kritik an seiner Entscheidung und sah auch keine Mitschuld bei sich. „Daß die zum 9. dieses Monats anberaumte Versammlung einen unliebsamen Verlauf genommen, war in keiner Weise vorauszusehen und tragen hieran allein die Socialdemokraten Schuld.“

Derweil waren die Sozialdemokraten wenig erfolgreich bei der Suche eines Versammlungsplatzes. Die ursprünglich zugesagte Scheune eines Ziegeleibesitzers Pankoke stand auf Druck der Konservativen, die mit Auftragsboykott gedroht hatten, nicht mehr zur Verfügung, so daß wieder die Wiese am Froschbach Ort der Versammlung sein sollte. Auf

¹⁵ Synodalbericht der Kirchengemeinde Spenge für das Jahr 1892. LKA EKvW Best. 4.11 Spenge A 1; StADt M 1 I P Nr. 356.

¹⁶ Alle folgenden Zitate stammen, wenn nichts anderes vermerkt, aus der Akte des Regierungspräsidenten Minden. StADt M 1 I P Nr. 356.

Flugblättern wurde in dieser Woche für die Veranstaltung am kommenden Sonntag geworben. Es wurde zu einem „Massenausflug nach Spenge“ eingeladen. Mindestens 300 Bielefelder Genossen sollten für Sicherheit und Ordnung sorgen.

Die Kirche gewinnt die Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft

So zogen am Sonntagnachmittag, dem 9. August 1891, ca. 500 Anhänger der Sozialdemokratie aus Bielefeld, Bünde und Umgebung zu der Wiese des Kolons Potthoff am Froschbach, die extra für diese Versammlung mit einem Lattenzaun umgeben worden war. Der Landrat berichtete spöttisch, daß die Bielefelder auf Wagen und Fahrrädern „mit Bier, Weibern und Kindern“ gekommen waren¹⁷. Als äußeres Kennzeichen wurden rote Schirme, Mützen, Tücher und Fahnen mitgeführt. Es wurde ein Eintritt von 10 Pfg. erhoben. Bald war der Versammlungsort umstellt von ca. 2000 Bauern und Heuerlingen, die von den Konservativen auf die Beine gebracht worden waren. Pastor Iskraut erzog sogar, ein seit einem Monat geplantes Missionsfest in Lenzighausen um eine halbe Stunde zu verlegen, um mehr Anhänger in Spenge zu haben¹⁸. Ein zu spät gekommener Genosse¹⁹ ging unter Fehleinschätzung der Konfliktbereitschaft der Bauern provokativ mit einem roten, geöffneten Regenschirm durch die wartende Landbevölkerung zum Versammlungsort. In einem wüsten Handgemeine wurde der Schirm zerfetzt. Angeblich sollten zwei Gendarmen die Landbevölkerung mit den Worten „Haut ihn tüchtig!“ noch zur Schlägerei ermuntert haben. Diese Darstellung, die von der „Volkswacht“ am nächsten Tag verbreitet wurde, war dann Anlaß für eine Beleidigungsklage gegen den Volkswachtreakteur Emil Groth. Nur mit Mühe gelangte der Kontrahent auf die Versammlungswiese. Um 16.00 Uhr wurde die Versammlung durch den Zigarrenarbeiter Borgstädt eröffnet. Unter Anführung von Pastor Iskraut wurde die Übertragung der Versammlungsleitung auf den Bielefelder Redakteur der „Volkswacht“ Emil Groth angefochten, da die anwesende, aber zum größten Teil außerhalb des umzäunten Geländes

¹⁷ Das Vereinsgesetz verbot ursprünglich die Teilnahme von Frauen an öffentlichen Versammlungen, denen eine politische Betätigung nicht zugetraut bzw. zugemutet wurde.

¹⁸ Vgl. Herforder Kreisblatt vom 27. 8. 1891; in demselben Artikel schreibt Iskraut ironisch, daß er zur Bekämpfung der Sozialdemokratie keine polizeiliche Hilfe benötige, es sei denn, um die Sozialdemokratie schützen zu lassen. „Ich bin öfter als ein Mal in die Lage gekommen, bei Amtleuten, welche Versammlungen unter freien Himmel versagen können, ein gutes Wort für Erlaubnis nachsuchende Sozialdemokraten einzulegen, natürlich, um sie dann mit den rechten ‚geistigen Waffen‘ der Rede wieder nach Hause zu schicken.“ Diese Methode hatte auch in Spenge Erfolg.

¹⁹ Lt. Bielefelder Post der Genosse Kley.

stehende Landbevölkerung nicht berücksichtigt worden sei. Aber die Sozialdemokraten gingen auf diese Forderung nicht ein; der Redakteur Emil Groth²⁰ erklärte kurzerhand die Versammlung für geschlossen. Daraufhin ließ Pastor Iskraut die Posaunenchöre von Lenzinghausen und Spenge die Nationalhymne spielen. Nun wurde der Zaun von den Anhängern des Pastors Iskraut eingedrückt, die Latten wurden zu Schlagwerkzeugen²¹. Damit fand die handgreifliche Auseinandersetzung ihren ersten Höhepunkt.

Die bereits vorsorglich verstärkte Polizei (4 berittene und 2 normale Gendarmen) schritt erst relativ spät auf Drängen der Sozialdemokraten ein. Nach Feststellung des Gerichts im bereits erwähnten Beleidigungsverfahren gegen Emil Groth verlor Amtmann Heidelberg bei Beginn der Schlägerei die Kontrolle, er war außer Fassung und hilflos. Wenn von daher die Polizei erst relativ spät eingriff, so war das nach Ansicht des später urteilenden Gerichts keine unterlassene Hilfeleistung, da in der mangelnden Hilfe der Polizei kein Vorsatz begründet gewesen wäre. Erst als die Sozialdemokraten eine schützende Gruppe um eine Frau, die nach dem Versammlungsrecht überhaupt nicht an einer politischen Versammlung teilnehmen durfte, bildeten, erkannte der Amtmann eine Zusammenrottung und ließ die Polizei eingreifen. Nun trennte sie die beiden kämpfenden Parteien mit der blanken Waffe. Um 16.20 Uhr forderte Amtmann Heidelberg zur Räumung des Platzes auf. Aber die Bauern weigerten sich, den Platz zu verlassen, bevor nicht die Sozialdemokraten abgezogen seien. Um 17.10 hielt Pastor Iskraut eine Ansprache zu den Bauern. Die Volkswacht vermutete, daß Iskraut die Bauern zu weiteren Gewalttätigkeiten angestachelt habe, denn anschließend zogen die Bauern zur Kreisstraße Hücker Kreuz/Jöllenberg. Dort hatten sich inzwischen die Sozialdemokraten zur Gastwirtschaft Heitmann zurückgezogen, wo sie ihre Wagen und z.T. auch Fahrräder abgestellt hatten. Aber nun wurden sie auch hier von der Landbevölkerung umlagert und bedroht, Zuspätgekommene verprügelt. Die Bauern forderten, daß die auswärtigen Sozialdemokraten, die sich in der Gastwirtschaft versteckt hielten, Spenge verließen. Der Amtmann durchsuchte die Gastwirtschaft mit dem Oberwachtmeister, zumal Gerüchte von möglichen Schüssen aus der 2. Etage sprachen, und forderte die Sozialdemokraten auf, sich in Zweierreihen („Männer, Frauen und Dirnen“) nach Bielefeld

²⁰ Nach dem Bericht des Herforder Kreisblattes vom 11. 8. 1891 erklärt der Einberufer der Veranstaltung der Buchhändler Slomke aus Bielefeld, die Veranstaltung für geschlossen.

²¹ Nach Darstellung des Herforder Kreisblattes hätten die Sozialdemokraten mit einer zwei Meter langen Latte die Schlägerei begonnen. Die Gendarmen hätten nur mit Mühe die Sozialdemokraten von der Schlägerei abhalten können. Demgegenüber schildert die Volkswacht den Beginn der Auseinandersetzung so, daß P. Iskraut seinen Hut vom Kopf gerissen habe, um damit den umstehenden Bauern das Signal zum Stürmen der Wiese zu geben.

zu begeben. Im Amtsbericht drückte er es so aus: Die Sozis hätten ihn „inständigst“ um Hilfe und um freies Geleit nach Bielefeld gebeten. Nur unter Polizeischutz konnten die auswärtigen Sozialdemokraten also in dieser erniedrigenden Weise aus Spenge abziehen. Derweil ließ Pastor Iskraut die Posaunenchöre das Lied „Nun danket alle Gott“ intonieren. Aber auch auf dem Heimweg waren die Sozialdemokraten vor den Übergriffen der Bauern und Heuerlinge nicht sicher. So gab es noch bei Jöllenbeck Scharmützel mit den nachrückenden Bauern aus Jöllenbeck und Umgebung. Der Amtsbericht stellte fest, daß es trotz 5 berittener Gendarmen, die allerdings an der Kreisgrenze zu Bielefeld wieder umgekehrt waren, zu kleineren Schlägereien gekommen war, bei „denen die Männer einige Rockärmelschöße und die Dirnen einige Unterzeuge wie Hosen einbüßen mußten“. Zudem wurden die abziehenden Sozialdemokraten mehrfach mit Steinen beworfen. Im übrigen äußerte Heidebach in seinem 1. Bericht seine Befriedigung über die Niederlage der Sozialdemokratie und versuchte die Bedeutung der Auseinandersetzung herunterzuspielen. So erwähnte er die handgreiflichen Auseinandersetzungen nach bzw. bei Schließung der Versammlung in keiner Weise. Erst auf dem Heimweg nach Jöllenbeck gab es nach seinem 1. vorläufigen Bericht Tötlichkeiten. Außerdem regte er eine Belobigung der beteiligten Gendarmen an. Der Landrat dagegen führte in seinem 1. Bericht, der sich nur auf die Aussagen der zur Verstärkung entsandten Gendarmen bezog, den Begriff „Schlacht“ ein. Laut Aussage der Gendarmen hätten die Bauern alles totgeschlagen, wenn die Gendarmen nicht eingegriffen hätten. Als Schäden stellte er einen zurückgelassenen Bierwagen, mehrere völlig demolierte Kutschwagen und mehrere entzweigte schlagene Fahrräder fest. Es hätte in den Handgemengen verschiedene Hiebe und Püffe gegeben, eine Körperverletzung sei aber nicht vorgekommen. Von durch Messerstichen und Steinwürfen Verletzten, wie die Volkswacht berichtete, oder von 17 Verletzten, über die die Neue Westfälische Volks-Zeitung zu berichten wußte, ist in diesem Bericht keine Angabe zu finden. Um 18.45 Uhr herrschten in dem kleinen Dorf Spenge wieder Ruhe und Ordnung.

In Klein-Aschen drangen abziehende Sozialdemokraten in das Kindermannsche Gehöft ein, nachdem sie von einem Steinhagel empfangen worden waren. Die Zeitungen²² berichteten unterschiedlich über vermeintliche oder tatsächliche Übergriffe auf den 80jährigen Bauern, der „gerade in seinem Erbauungsbuch“ las. „Einer der sozialdemokratischen Hinterwäldler packte den Greis an Brust und Kehle. Obwohl dieser an einer Seite gelähmt ist, wehrte er sich doch ganz energisch und

²² Vgl. beispielsweise die Neue Westfälische Volkszeitung, die am 16. 8. 1891 sehr ausführlich auf die angeblichen Übergriffe auf den Bauern Kindermann eingeht.

entledigte sich seines Angreifers durch einige kräftige Stöße mit dem gesunden Arm. So ein alter, kerniger Westfale läßt sich eben von einem sozialdemokratischen Windbeutel nicht so leicht ins Bockshorn jagen.“ Die Neue Westfälische Volkszeitung verband den Bericht über diesen Vorfall mit einer Warnung an die Sozialdemokraten: „Die Erregung unter der Landbevölkerung gegen die Sozialdemokraten nimmt von Tag zu Tag zu. Wir möchten den Sozialdemokraten nicht raten, noch einmal in der hiesigen Gegend zu erscheinen, denn es dürfte dann noch schlimmer für sie ausfallen, als wie am vorigen Sonntag. Unsrer königstreuen Kolonnen, Heuerlinge und Knechte sind durchaus nicht gewillt, sich von der sozialdemokratischen Bande, die von Tag zu Tag frecher und anmaßender wird (weil man ihr leider schon zu viel nachgesehen und der Sozialdemokratie durch die Aufhebung des Sozialistengesetzes den freiesten Spielraum gelassen hat), fortgesetzt haranguieren zu lassen. – Wenn gleich die Warmenau eine Grenze bildet zwischen der Provinz Westfalen und Hannover, so haben schon für den Wiederholungsfall aus dem Hannoverischen, wo es ebensolche derbe Pumpernickelknochen giebt wie hüben, Tausende zugesagt und werden mit Westfalen Schulter an Schulter stehen, just wie vor 20 Jahren gegen die Franzosen.“²³ Die Formulierung der konservativen Zeitung machte schon deutlich, daß es ihr nicht so sehr auf die Berichterstattung als auf die Instrumentalisierung des Konfliktes für den Kampf gegen die Sozialdemokratie ankam. Insofern war diese Episode in Klein-Aschen auch nicht mehr nachprüfbar.

Der behördliche Umgang mit dem Konflikt

Zur Konflikteindämmung wurden von Seiten der Obrigkeit verschiedene Maßnahmen eingeleitet. Auch hier wurde die unterschiedliche Gewichtung der streitenden Parteien durch die Behörden deutlich: Auf der einen Seite repressive Maßnahmen gegen die Sozialdemokraten, auf der andern Seite Beschwichtigung und vorsichtige Unterstützung der Konservativen.

Ein Verbot des Tragens von roten Sachen und Abzeichen wurde erwogen, aber wieder verworfen; öffentliche Versammlungen in den nördlichen Kreisen des Regierungsbezirks Minden wurden für die nächste Zeit (vorerst 4 Wochen) verboten, der für die kommende Woche am 21. August befürchtete Massenzug aus Bielefeld blieb entsprechend aus. Dieses waren die ersten Maßnahmen, um befürchtete Gewalttätigkeiten von Seiten der Sozialdemokraten vorzubeugen. Nur mit Verboten und Restriktionen glaubte man, Herr der Lage zu werden. Neben diese staatlichen Maßnahmen traten Restriktionen gegen die sozialdemokratischen

²³ Neue Westfälische Volkszeitung v. 21. 8. 1891.

Beteiligten durch die Arbeitgeber. So wurde der Zigarrenarbeiter Borgstädt, der Pächter der Wiese, auf der die Versammlungen stattfinden sollten, und seine Frau von der Zigarrenfabrik Engelhard und Biermann entlassen.

Wie aber beugte man der Konfliktbereitschaft auf Seiten der Konservativen vor? Im Gegensatz zu den restriktiven Maßnahmen gegenüber der Linken schlug der Landrat Wenzel am 20. August ein Gespräch mit den führenden Kräften der Konservativen vor. In einem Gespräch mit dem Rechtsanwalt Dr. Klasing und dem Kaufmann Ruben aus Herford, den beiden örtlichen Vertretern der Konservativen, habe er den Eindruck gewonnen, daß insbesondere die Bauern es als ihr Recht auf Selbsthilfe und Gegenwehr ansähen, wenn sie sich handgreiflich gegen sozialdemokratische Agitation wehrten. Der Landrat hielt es daher für „dringend geboten, die konservativen Leiter eingehend über die Vorschriften des Strafgesetzbuches über den Landfriedensbruch aufzuklären. Denn diese Leiter der Bewegung hätten den größten Einfluß auf die Bauern und nur so allein könne es verhütet werden, daß die Bauern als Theilnehmer in das Unglück hineingerissen werden.“ Statt restriktiver Maßnahmen schlug der Landrat also ein Gespräch auf hoher Ebene vor, an dem der Regierungspräsident den Vertretern der Konservativen²⁴ klarmachen sollte, daß Gesetze eingehalten werden müßten. Wegen der Dringlichkeit sollte dieses Gespräch möglichst noch in der folgenden Woche stattfinden. Der Regierungspräsident ließ sich aber darauf nicht ein. Zum einen sah er die Unparteilichkeit der Behörde gefährdet. Zum anderen wäre es auch nicht deren Aufgabe, auf Parteien einzuwirken, um die Anhänger vor Gesetzeswidrigkeiten zu bewahren. Dies sei die Aufgabe der politischen Führer. „Dies muß im vorliegenden Falle um so mehr als zutreffend erachtet werden, als bei den in dem selben Bericht bezeichneten Personen die zur Beurteilung der Sachlage erforderliche Gesetzeskenntnis vorausgesetzt werden darf. Ich muß daher diesseits eine Bethheiligung an der beabsichtigten Konferenz ablehnen und euer pp empfehlen, von einer amtlichen Einwirkung auf die konservative Partei Abstand zu nehmen.“ Im Konzept folgt hier durchgestrichen folgende nicht ausgesprochene, aber auch nicht abwegige Empfehlung: „ohne jedoch ihre Entschließung wegen einer privaten Theilnahme an

²⁴ Der Landrat beabsichtigte folgende Personen einzuladen: 1. die Pastoren Superintendent Schmalenbach aus Mennighüffen, Iskraut aus Bielefeld, Berghauer aus Spenge, Volkening aus Jöllenbeck, Gottschalk aus Herford, Meyer aus Hiddenhausen und Niemöller aus Enger; 2. den Redakteur Lange der „Neuen Westfälischen Volkszeitung“, Bielefeld; 3. Kaufmann Julius Weddigen, Herford; 4. die Colonen Ebmeyer zu Oldinghausen, Vorwerk zu Westerenger, Storck zu Siele, Grever zu Wallenbrück, Niemann zu Lenzinghausen, Rudolf zu Häger bei Wallenbrück; 5. Rechtsanwalt Klasing zu Herford, insgesamt also die kirchliche Führungsschicht und Meinungsführer dieser Zeit in der Region.

einer etwa von der Parteileitung veranstalteten Konferenz vorgreifen zu wollen“. Eine indirekte Unterstützung und Beratung der Konservativen war also durchaus erwünscht.

In Bielefeld wurde die Auseinandersetzung in verschiedener Form weitergeführt. Die Volkswacht hängte einen blutbefleckten Stein in ihr Schaufenster, der als Wurfwaffe bei den Auseinandersetzungen in Spenge Verwendung gefunden haben sollte. Spengeraner Bauern wurden auf dem Bielefelder Wochenmarkt belästigt. Am Donnerstag, dem 13. August 1891, soll Pastor Iskraut auf dem Neuen Markt von Sozialdemokraten bedrängt worden sein. Zwei Tage später soll ein Fleischer aus Spenge am Bahnhof von Sozialdemokraten drangsaliert worden sein. Es tauchten Gerüchte auf, wonach sich die Sozialdemokraten in Herford und Bielefeld für erwartete Auseinandersetzungen Waffen beschafft haben sollten²⁵. Selbst eine Revolution oder ein Bürgerkrieg schien also nun möglich.

Aber die Spenger Bauern erhielten auch positive Reaktionen. Ein anonymes Brief an das Amt Spenge lobte überschwänglich den Einsatz der Spenger Landbevölkerung, der in eine Reihe mit dem Tag von Sedan, dem Tag der Entscheidungsschlacht im Deutsch-Französischen Krieg 1870, gestellt wurde. „Bravo!!! Bravo!!! Ihr tapferen Spengeraner! Ewig denkwürdig wird neben dem Tag von Sedan der Tag der Schlacht von Spenge stehn. Jener warf den äußeren Feind, Ihr aber habt uns gewiesen, wie man mit dem inneren fertig wird. Selbsthilfe ist das einzige Mittel, um sich das Geschmeiß vom Leibe zu halten, darin werden wir fest zusammenstehen. Habt Dank und Anerkennung für Euer muthiges Beispiel. Viele Landbewohner aus dem Kreise Bielefeld.“²⁶

Inwieweit P. Iskraut wirklich den geschlossenen Rückhalt für seine Aktionen in der Kirche hatte, ist fraglich. Der Verein für Innere Mission in Minden, Ravensberg, Lippe und Tecklenburg, der Iskraut auf Empfehlung der Generalsuperintendenten Kögel (Brandenburg) und Braun (Ostpreußen) sowie des Hofpredigers Stoecker als Werkzeug gegen die Sozialdemokratie eingestellt hatte, spaltete sich in zwei Gruppen. Die Entlassung von Iskraut war schon vorher wegen mangelnder Resonanz in der Bielefelder Bevölkerung und ungenügender theologischer Qualifikation erwogen worden. Zudem gab es Auseinandersetzungen um seine Veröffentlichungen und Redaktionstätigkeit beim Westfälischen Sonntagsblatt, die den Generalsuperintendenten Nebe zu der Drohung veranlaßten, seine im Kopf der Zeitung hervorgehobene Mitherausgeberschaft zu kündigen. Nun wurde zwar die Entlassung Iskrauts zum 1. Januar 1893 im Vorstand durchgesetzt, aber die unterlegene Minderheit

²⁵ Lt. Neue Westfälische Volkszeitung v. 16. 8. 1891.

²⁶ StA Spenge 11/27.

um den Herforder Superintendenten Schmalenbach (u.a. der Spenger Pfarrer Berghaus und weitere Pfarrer aus den Kreisen Herford, Vlotho und Halle) trat aus dem Vorstand aus, bildete einen eigenen Missionsverein und finanzierte Iskraut zum Bedauern des Konsistoriums²⁷ vorwiegend aus eigener Tasche für weitere Einsätze in Ravensberg²⁸. Der Superintendent Schmalenbach lobte ausdrücklich Iskrauts Engagement in Spenge und konstatierte als Erfolg das Unterlassen jeglicher weiterer Werbeversuche der Sozialdemokraten auf dem Lande in der Folgezeit. Gerade weil die Landbevölkerung so sehr beeindruckt von Iskraut wäre, könnte man ihn nicht fallenlassen, nur weil das Bielefelder Bürgertum Schwierigkeiten mit dessen Methoden hätte. So wurde er noch öfters von Pfarrern für Kampagnen und Maßnahmen gegen sozialdemokratische Veranstaltungen eingeladen. Scheinheilig distanzierte sich das „Evangelische Monatsblatt für Westfalen“, das, herausgegeben u.a. vom Herforder Superintendent Theodor Schmalenbach, als Sprachrohr der Erweckungsbewegung und der Konservativen Partei galt, von der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Bei der Spenger Schlacht war nach Ansicht Schmalenbachs die Gewalt nämlich von den Sozialdemokraten und nicht von Pastor Iskraut ausgegangen. Als Mittel der Auseinandersetzung empfahl er eher einen geschlossenen Versammlungsboykott oder die Nichtzurverfügungstellung von Versammlungsräumen²⁹. Drei Jahre später wertete das Konsistorium die Rolle Iskrauts bei der Spenger Schlacht differenzierter: „Bei einer Volksversammlung in Spenge nahmen die Gewalttätigkeiten durch sein wüstes Vorgehen derartig überhand, daß der Volksmund jene Vorgänge nicht unzutreffend mit Schlacht bei Spenge bezeichnet.“³⁰ Die liberale Zeitung „Der Wächter“ beschrieb den Missionsgeistlichen „Iskraut als ‚Schreckenskind‘ der konservativen Partei, der in Bielefeld als Agitator kaltgestellt ist, weil seine Thätigkeit seiner Partei nur schaden konnte“³¹. So unumstritten waren die Methoden Iskrauts also nicht und führten auch im christlich-konservativen Lager zur Zerreißprobe.

Überall in den nächsten Wochen wurden in der Region Parteiveranstaltungen abgehalten, auf denen die Spenger Schlacht thematisiert wurde. Diese Auseinandersetzungen fanden natürlich ihren Niederschlag in den Zeitungen. Jede Seite fühlte sich in ihren Anschauungen

²⁷ Vgl. Personalakte Iskraut, Archiv des Konsistoriums der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg Rep. D-I 18 (2).

²⁸ Wie vor und Akte des Vereins für Innere Mission in Minden, – Ravensberg, LKA EKvW Best. 13.11 Nr. 35.

²⁹ Evangelisches Monatsblatt für Westfalen, 47. Jg. 1891, S. 281.

³⁰ Ebd.

³¹ Zitiert nach Helmut Hüffmann: „Die Schlacht bei Spenge“, in: 69. Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg, 1974, S. 100.

bestätigt. Die Konservativen sahen in den Auseinandersetzungen den Beginn der kommenden Weltrevolution, die Sozialdemokraten die Bestätigung des Schulterchlusses zwischen Kirche und Obrigkeit, indem sie die Spenger Schlacht als „neueste Erscheinung, welches die geistige Bekämpfung der Sozialdemokratie im Ravensberger Lande gezeitigt hat“³², charakterisierten. Je weiter die Zeitung vom Ort des Geschehens entfernt war, desto mehr wurden die Vorurteile gepflegt und rückte das eigentliche Geschehen in den Hintergrund. Eindrucksvolles Beispiel dafür ist der Bericht der Deutschen Zeitung aus Texas³³: „In jüngster Zeit kam es wiederholt zu heftigen Kämpfen zwischen Farmern und Sozialisten in Braunschweig. Die Bielefelder Weber, fast sämtlich Sozialisten, suchten ihre Lehren weiter zu verbreiten und benutzten Frauen als Avantgarde. Einige Farmer in Spenge protestiertem gegen diese Einmischung, trieben die Weber fort, von denen einige geschlagen und anderweitig mißhandelt wurden. Gestern kamen die Weber durch eine Anzahl Männer verstärkt, zurück, und es kam zwischen ihnen und den Farmern zu einer förmlichen Schlacht. Der Kampf dauerte mehrere Stunden und währenddessen erhielten beide Parteien fortwährend Verstärkungen. Als endlich Ruhe eintrat, lagen siebzehn Personen tödlich verwundet am Boden; viele andere waren schwer, obgleich nicht lebensgefährlich verletzt. Beide Parteien sind in großer Aufregung und der Kampf wird jedenfalls erneut werden; man hofft indessen, daß die Polizei im Stande sein werde, weiteres Unheil zu verhüten.“ Dem Leser mußte der Eindruck entstehen, daß die Schlacht, die von wildgewordenen Frauen provoziert worden war, Tote und Verletzte in für damalige Verhältnisse großer Zahl hinterlassen hatte.

Die Berichterstattung der Volkswacht dagegen rief wieder die Behörden auf den Plan. Die Gendarmen wurden noch einmal zu einem ausführlichen Bericht aufgefordert, indem sie insbesondere zur Anschuldigung, sie hätten zu den Schlägereien aufgefordert, Stellung nehmen sollten. Aufgrund der Berichte konstatierte der Landrat eine Mitverantwortlichkeit des Amtes Spenge an den Auseinandersetzungen, indem es diese öffentliche Versammlung erlaubte, obwohl der Konflikt vorauszusehen war. Zur Wahrung der Sicherheit und Ordnung wäre ein Verbot der beabsichtigten Versammlung der Sozialdemokraten notwendig gewesen. Auch der Preußische Minister des Innern forderte deswegen eine Belehrung des Amtmannes Heidelberg und des stellvertretenden Landrats Höpker, die die Genehmigung zu der Veranstaltung erteilt hatten. Das Verhalten der Gendarmen sei dagegen tadellos und ohne Kritik zu werten. Da sich die Vorwürfe der „Volkswacht“ aber nur

³² Volkswacht Nr. 184 v. 10. August 1891.

³³ Unkommentiert abgedruckt im Herforder Kreisblatt vom 10. September 1891.

gegen die polizeiliche Durchführung während der Versammlung richteten, seien diese Vorwürfe haltlos und stellten in dieser Form sogar eine Beleidigung des Amtmannes und der beteiligten Gendarmen dar. Deswegen sollte ein Strafverfahren wegen Beleidigung eingeleitet werden.

Am 5. Januar 1893, fast anderthalb Jahre nach der Auseinandersetzung, mußte sich der Redakteur der Volkswacht Emil Groth also aufgrund seiner Berichterstattung wegen Beamtenbeleidigung verantworten. Nach der Meinung des Gerichts hätten die Beamten weder zu Gewalttätigkeiten aufgestachelt, noch die Strafverfolgung unzulässigerweise vereitelt. Unterlassene Hilfeleistung ließe sich auch nicht unterstellen. Bei der unübersichtlichen Situation hätten die Sozialdemokraten keine Einzelhilfe von Gendarmen erwarten können. Im Gegenteil seien die Gendarmen von den Sozialdemokraten in unnötiger Weise in Anspruch genommen worden. Die Strafkammer des Landgerichts Bielefeld verurteilte den Redakteur zu 180 Mark Geldstrafe, ersatzweise 30 Tagen Gefängnis. Dieses Urteil stand aber im Widerspruch zur eigenen Begründung. Denn das Gericht erteilte der Polizei für die Durchführung ihrer Maßnahmen eine Rüge und kam nicht umhin festzustellen: „Trotzdem nun, daß Angeklagter mit dem Wahrheitsbeweis nicht durchgedrungen ist, ist nicht zu verkennen, daß, wenn die Gendarmen von der Autorität, welche sie notorisch bei den Landleuten besitzen, früher und energischer Gebrauch gemacht hätten, die Ausschreitungen zum mehr oder weniger großen Theile vielleicht hätten vermieden werden können. Den Gendarmen war von vornherein klar, daß die ungeheure Masse von Landleuten nicht rein zufällig zu dem Versammlungsplatz gekommen war und daß eine große Zahl von solchen darunter war, welche zum Anbändeln mit den Sozialdemokraten neigten. Nun aber ist nicht der geringste thatsächliche Anhalt dafür vorgebracht, daß die Gendarmen von vornherein die Annäherung der beiden feindlichen Parteien zu verhüten, bestrebt gewesen sind. Die Hauptverhandlung hat ferner nur wenige Anhaltspunkte dafür erbracht, daß die Gendarmen und der Amtmann während und nach dem Zusammenstoß mit großer Energie gegen die Landleute vorgegangen sind.“ Da aber kein Vorsatz zu unterstellen war, faßte das Gericht die Vorwürfe als Beleidigung auf und kam zu dem entsprechenden Urteil. Indem die widersprüchlichen Aussagen einseitig gewichtet wurden – auf der einen Seite die Aussage der glaubwürdigen, obwohl betroffenen, da belasteten Beamten, auf der anderen Seite die vom „Parteihaß beeinflussten“ und voreingenommenen Arbeiter –, konnte auch kein anderer Ausgang erwartet werden. Die Feststellung des Gerichts relativierte damit auch den Bericht des Regierungspräsidenten, der die Durchführung der polizeilichen Aktionen angemessen und gerechtfertigt umschrieben hatte, und zweifelte so die Qualität des Amtmannes an, dessen Entschlußlosigkeit ein zweiter entscheidender Faktor für den weiteren Verlauf der Spenger Schlacht war.

Bei einem von den Sozialdemokraten angestrebten Verfahren gegen Pastor Iskraut und 24 weiteren Beschuldigten, die nur durch Recherchen der Sozialdemokraten, nicht etwa der Staatsanwaltschaft bzw. der Polizei, namhaft gemacht werden konnten, wegen Hausfriedensbruch und schwerer Körperverletzung, wurde lediglich ein in Theesen wohnender Bauerssohn verurteilt³⁴

Der „Kladderadatsch“, eine satirische Zeitung, zog aus den Auseinandersetzungen seine eigenen Schlüsse:

Der alte Sozialdemokrat an seinen Sohn

Seit Pastor Iskraut das Palmenblatt
des Friedens so kräftig geschwungen hat!
Willst du nicht in das Gedränge,
Söhnchen, so meide Spenge³⁵.

Der Kampf geht weiter

Ein Jahr später schienen sich die Ereignisse der Spenger Schlacht zu wiederholen. Aus Anlaß der Reichtagswahlen kam es in den Kreisen Herford und Halle zu verschiedenen Wahlveranstaltungen, die die Aktivität von Pastor Iskraut und des neugegründeten Minden-Ravensbergischen Vereins für Innere Mission und christliches Volkstum herausforderten. So „besetzte“ der Spenger Pfarrer Schneider kurzerhand das Tagungsort der Sozialdemokraten, um eine geplante Versammlung der Sozialdemokraten zu verhindern. Die Sozialdemokraten, welche u.a. mit 7 Wagen aus Bielefeld gekommen waren, mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen. Pastor Iskraut, der von Pastor Schneider eingeladen worden war, zog es vor, in Spenge zu übernachten, da ihm „Gefahr drohe, von den Bielefelder Sozialdemokraten auf der Jöllenbecker Straße verhaften zu werden.“³⁶ Besonders Pastor Iskraut verstand es, noch weitere Wahlveranstaltungen der Sozialdemokraten durch provozierendes Verhalten oder Umfunktionierung der Wahl der Versammlungsleitung zu verhindern³⁷. Das Konsistorium der westfälischen Pro-

³⁴ Leider sind die Prozeßakten nicht überliefert, so daß weitere Angaben nicht möglich sind. Diese Angaben entstammen dem Aufsatz von Norbert Sahrhage über die Spenger Schlacht.

³⁵ Zitiert nach Helmut Hüffmann: „Die Schlacht bei Spenge“, S. 103.

³⁶ StA Spenge 11/27; Pastor Iskraut mußte schon gleich nach der Spenger Schlacht Angriffe auf dem Bielefelder Wochenmarkt durch wütende Sozialdemokraten überstehen. Vgl. Aufsatz von Hüffmann.

³⁷ Personalakte Karl Iskraut, a. a. O.; Erich Hoener „Die Geschichte der christlich-konservativen Partei Minden-Ravensberg von 1866 bis 1896“, Bielefeld 1932; Frank Nipkau „Traditionen der Erweckungspolitik in der Parteipolitik? Die Christlich-Konservativen und die

vinzialkirche fürchtete um das Ansehen der Kirche in der Öffentlichkeit, besonders nachdem es bei einer Veranstaltung in Herford zu Tätlichkeiten gegenüber der Polizei gekommen war. Der Herforder Superintendent Schmalenbach, der als Vorsitzender des neugegründeten Minden-Ravensbergischen Vereins für Innere Mission und christliches Volksleben die Aktivitäten Iskrauts auf dem Lande besonders gefördert hatte, sah sich schließlich genötigt, gegen den Widerstand einiger anderer Pfarrer, wie z.B. Pfr. Seippel in Rehme, Pastor Iskraut zum 1.1.1894 zu entlassen. Grund dafür war die Intervention des Konsistoriums nach einer entsprechenden Nachfrage des Evangelischen Oberkirchenrates. Das Konsistorium faßte die Zeit der Tätigkeit Iskrauts für den Bielefelder Verein für Mission folgendermaßen zusammen: „Auch dort in Bielefeld hat er sich in kurzem unmöglich gemacht. Seine Predigten waren ohne treue Vorbereitung, salzlos und unbefriedigend. Seine Tätigkeit in den verschiedenen Zweigen der Inneren Mission ließ viel zu wünschen übrig. Die Fabrikbevölkerung wurde durch ihn mehr erbittert als gewonnen, die Sache der Inneren Mission durch sein ungeistliches agitatorisches gesetzwidriges Treiben mehr geschädigt als gefördert.“³⁸ An anderer Stelle urteilt das Konsistorium folgendermaßen: „Durch politische Agitation ohne Scheu vor Skandal und Tumulten hetzt er die Parteien aufeinander, und unter dem Deckmantel der politisch gerichteten Geistlichen bringt er die kirchlichen Kreise in unnötige Aufregung und Zwist und Hader. Durch solch agitatorisches ungeistliches Treiben hat er in der Provinz Westfalen, namentlich in kirchlichen Kreisen bereits ebenso, wie früher in der Provinz Brandenburg sein Ansehen eingebüßt.“³⁹ Hinzu kam nämlich, daß Iskraut im Zusammenhang mit der Repräsentantenwahl an seinem neuen Wohnort in Gohfeld (Löhne) auf Flugschriften und in Reden schwere Vorwürfe gegen die Kirchengemeinde und den dort angeblich verbreiteten Alkoholismus erhoben hatte. Dieses führte zu Beleidigungsklagen von verschiedenen Presbytern gegen ihn. Nun mußte sich auch der Superintendent Schmalenbach den Einsichten des Konsistoriums beugen und die bereits erwähnte Entlassung zum 1. Januar 1894 in die Wege leiten. Inzwischen war Iskraut unter der Flagge des Antisemitismus, wie das Konsistorium meinte, zum Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Eschwege-Schmalkalden gewählt worden. So hatte Iskraut dort zur Aufwertung seiner Person in Probepredigten er-

Christlich-Soziale Partei in Minden-Ravensberg, 1878–1914“, in: Frommes Volk und Patrioten, Verlag für Regionalgeschichte Bielefeld 1989; Karl Friedrich Watermann „Politischer Konservatismus und Antisemitismus in Minden-Ravensberg 1879–1914“, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins, 52 (1980), S. 11–64.

³⁸ Vgl. 28.

³⁹ Vgl. 28.

klärt, er sei aus antisemitischen Gründen seines Amtes enthoben worden. Wenn er auch 1883 sein Amt in Luckenwalde wegen seiner sozialpolitischen und antisemitischen Reden niederlegen mußte, so war dieses allerdings nur ein Teil der damals gegen ihn erhobenen Vorwürfe. In Berlin schloß er sich als Reichstagsabgeordneter der Deutsch-Sozialen Gruppe an, die bisher in Minden-Ravensberg immer zusammen mit den Christlich-Konservativen gearbeitet hatte. Der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Herford-Halle, Freiherr von Hammerstein, mußte nach verschiedenen Verfehlungen sein Mandat bereits 1895 niederlegen. Bei den notwendigen Nachwahlen wurde deutlich, wie sich das Verhältnis zwischen Pastor Iskraut und seinem einstigen Förderer Superintendent Schmalenbach, bedingt auch durch die divergierenden politischen Entwicklungen, verändert hatte. Bis zur Reichstagswahl 1895 überwarf sich Iskraut, der immer noch in Löhne wohnte, mit Schmalenbach, er stellte sogar für die Deutsch-Sozialen einen Gegenkandidaten, Pastor Schall aus Bahrendorf, zum Kandidaten der Konservativen Partei, Amtsgerichtsrat Weihe, auf. Gleichzeitig polemisierte er in der Hannoverischen Zeitung gegen den Vorsitzenden der Konservativen Partei, Superintendent Schmalenbach. Diese Gegenkandidatur erhielt 213 Stimmen und bewirkte die knappe Niederlage Weihes gegen den Kandidaten der Nationalliberalen, der auch von den Sozialdemokraten unterstützt wurde, den Herforder Bürgermeister Quentin⁴⁰. So war Pastor Iskraut mit dafür verantwortlich, daß ein Wahlkreis, der mit Ausnahme der Wahl von 1874 dauernd von der Konservativen Partei gehalten worden war, erstmals verloren ging. Letztlich hatte er damit seinen früheren Förderern politisch mehr geschadet, als diese sich durch seine Einstellung an Nutzen erhofft hatten.

Die Lösung des Konflikts: nebeneinander statt gegeneinander oder miteinander

Das Ereignis von Spenge sollte nicht nur die Landbevölkerung prägen. Die Haltung der Arbeiter gegenüber der Kirche zeichnete sich noch lange aus von einer Distanz, die ihren Ursprung hatte in dem tradierten Konflikt, wie er sich zwischen Kirche und Arbeiterschaft in der Spenger Schlacht gezeigt hatte. Auch spätere Politiker wurden tiefgreifend vom „Knüppelpastor“ Iskraut geprägt. Carl Severing beschreibt in seiner Biographie, wie Iskraut durch provozierende Wortmeldung vor allem zur Geschäftsordnung Veranstaltungen der SPD zum Reichstagswahlkampf auch in Herford zur Auflösung brachte. Weiter schreibt er: „Vom Pastor

⁴⁰ Vgl. Neue Westfälische Volkszeitung, Nr. 287, 289 1895.

Iskraut hatte ich nicht den Eindruck, daß sich seine Kanzelworte mit seinem Auftreten in der politischen Arena auch nur zu einem Bruchteil deckten. Die Excesse seiner Rohheit und seines Fanatismus mehrten sich übrigens derart, daß er recht bald in einen pommerschen Kreis versetzt wurde, wo er als Spezialität Judenhetze betrieb.“⁴¹

Der Pfarrer der Kirchengemeinde Spenge hielt die Spenger Schlacht für ein heilsames Erlebnis, um den sozialdemokratischen Hetzparolen Paroli zu bieten. Nichtsdestoweniger war mit dieser Schlacht auch für die Kirche in Spenge die Soziale Frage wieder in den Vordergrund gerückt worden. „Zur Zeit fehlt es oft an Arbeit auf den Fabriken. Es wird wohl heilsam sein, wenn es auch zunächst viel Grimm erregt gegen die Arbeitgeber, damit die Frechheit besonders der Jugend nicht überhand nimmt, die für so nichtssagende Arbeit einen Lohn begehrt und oft erlangt, den die nothwendigste schwere Arbeit auf dem Acker nicht einbringen kann.“⁴² In diesem Jahresbericht der Kirchengemeinde Spenge aus dem Jahre 1892 begegnet uns wohl das wichtigste Argument neben der weltanschaulichen bzw. religiösen Ebene. Die Bauern sahen nicht nur den technischen Fortschritt und die Industrialisierung als mentale Bedrohung ihrer Lebenswelt an. Durch das hohe Lohnniveau der Industrie in der Stadt wurde es für die Heuerlinge immer unattraktiver, als Lohnarbeiter auf dem Lande zu arbeiten. Angesichts des starken Lohngefälles waren natürlich die Bauern in den Dörfern um Bielefeld besonders betroffen von der nun eingetretenen Konkurrenz auf dem Arbeitskräftemarkt. Denn diese führte nach Meinung der Bauern zu

⁴¹ Carl Severing, Mein Lebensweg. Vom Schlosser zum Minister, 2 Bände, Köln 1950, S. 26 – 28. Karl Iskraut wurde aber nicht nach Pommern versetzt, vgl. Anmerkung 13.

⁴² Jahresbericht der Kirchengemeinde Spenge für 1892 an die Kreissynode Halle, LKA EKA EKvW Best. 4.33 Spenge A 1.

⁴³ So heißt es im Jahresbericht für das Jahr 1896: Da gegenwärtig die soziale Frage zur brennendsten Zeitfrage geworden ist, so müssen zweifellos auch die Geistlichen derselben näher treten. Vor allem ist es erforderlich, daß in der Schriftbehandlung nicht nur die erbauliche Seite des Wortes Gottes hervorgekehrt werde, sondern daß auch die großen socialen Gesichtspunkte, welche sich im Bezug auf das Verhältnis der Christen zum irdischen Besitz sowie auf das Verhältnis zwischen Herrschenden und Dienenden, Armen und Reichen, Gebildeten und Ungebildeten darbieten, genügend Berücksichtigung finden. Ferner werden die Geistlichen dafür Sorge tragen müssen, daß er durch eine möglichst gerechte und gleichmäßige Behandlung aller Gemeindeglieder ohne Unterschied des Standes sich das Vertrauen aller Stände erwirbt und sich so eine segensreiche Wirksamkeit in aussöhnenden und ausgleichenden Sinne ermöglicht. Ob deshalb man aber verpflichtet ist, speciell socialpolitisch thätig zu sein und zu einzelnen diesbezüglichen Streitfragen öffentlich Stellung zu nehmen oder auf eine bestimmte Richtung hin zu wirken, das dürfte ganz von den besonderen Verhältnissen seiner Gemeinde sowie auch von der Begabung und vor allem der Sachkenntnis der betreffenden Persönlichkeit abhängig sein. Soviel ist gewiß, daß wenn die ordentlichen, von Gott eingesetzten Gnadennittel nicht mehr wirken, die außerordentlichen, von Menschen erdachten Hilfsmittel erst recht nicht wirken; und auch das ist wahr, daß, wo letztere zu stark betont werden, dies auf Kosten der ersteren geschieht.“ (LKA EKvW Best. 4.33 Spenge A 1.).

Arbeitskräftemangel und Erhöhung des Lohnniveaus. Auch in späteren Jahresberichten⁴³ der Kirchengemeinde wird deutlich, daß die aus dem Ufer zu laufenden sozialen Probleme Anfragen an die kirchliche Arbeit waren, die nicht mehr mit einem „Weiter so“ beantwortet werden konnten. Aber die Kirche war zu sehr eingebunden in die bürgerlichen und bäuerlichen Strukturen, als daß ein Positionswandel so schnell zu erwarten gewesen wäre. Versuche der Arbeiter, sich der Ausgrenzung durch die Kirche zu widersetzen bzw. den Kurs der Kirche mitzubestimmen, fanden sich besonders nach der Spenger Schlacht. Bei der Wahl der kirchlichen Gemeindevertreter, der sog. Repräsentanten, ließen sich in großer Zahl Fabrikarbeiter in die Wählerlisten eintragen, so daß die Wahl des kirchlichen Establishments nicht mehr gesichert war. Die Wahl wurde dreimal wiederholt, bis die „kirchliche Richtung“ eine, wenn auch nur schwache, Mehrheit hatte⁴⁴. Die Entzweiung der Kirchengemeinde zwischen der nichtrepräsentierten Arbeiterschaft und den eher wohlhabenden Bauern und Bürgern war noch Anlaß zu vielerlei Konflikten bis in die Zeit des Nationalsozialismus. Erst dem Hilfsprediger Friedrich Luncke 1934 und den späteren Pastoren Ossenbühl und Thimme gelang es, die Distanz der Arbeiter zur Kirche aufgrund der Spenger Schlacht 40 Jahre später allmählich zu überwinden.⁴⁵

Abschließend ein Beispiel für die publizistische Arbeit des Vereinsgeistlichen Iskraut im Westfälischen Sonntagsblatt, das deutlich den ironischen und polemischen Stil des Autors charakterisiert. Zugleich

⁴⁴ Wie das Wahlrecht durch die Kirchengemeinde gewertet wird, macht das Visitationsprotokoll aus dem Jahre 1894 deutlich. Partizipation und Teilhabe standen im Gegensatz zur Autorität, die die Kirche für sich in Anspruch nahm. Folgerichtig mußte die mögliche Einflußnahme durch Fabrikarbeiter, deren kirchliche Gesinnung mehr als zweifelhaft unterstellt wurde, mißtrauisch machen. Das Visitationsprotokoll stellt zusammenfassend noch einmal fest: „Die bei den letzten Neuwahlen der Repräsentation vorgekommenen Ärgernisse und Wahlvereitelungen wurden eingehend besprochen. Dabei wurde der Bescheid des Konsistoriums auf die letzten Kreissynodalverhandlungen vom 5. Oktober 1894 mitgeteilt und es ergab sich nach längerer Besprechung die Überzeugung als Resultat, daß die auf bloße Zahlung von Kirchensteuern begründete Wahlberechtigung ihre größten Bedenken hat, weil hierdurch nicht allein die auf manchen Stätten befindlichen Teilnehmer am Besitz, was allerdings zu wünschen wäre, zur Wahlberechtigung gelangen, sondern auch, wie zu befürchten ist, eine große Zahl unselbständiger junger Leute, namentlich Fabrikarbeiter, sich in die Wahlberechtigung eindringen werden. Nach nochmaliger längerer Besprechung ergab sich, daß die in Aussicht gestellte Sicherung der Wahlen durch vorherige Festlegung der Liste der Wahlberechtigten als verhältnismäßig bester Ausweg anzusehen sei.“

⁴⁵ Vgl. Geschichte der Stadt Spenge, 1984, darin: Hans Thimme „Kirchen und kirchliches Leben in Spenge“ S. 430 ff. In diesem Beitrag übernimmt Thimme wie später auch Werner Freitag in seinem Buch Spenge 1990–1950, 1988, die Angabe der Kirchenchronik Spenge, wonach am 9. August 1891 auch Carl Schneider eingeführt worden sei. Carl Schneider hat als Predigervikar aber schon am 1. April 1891 seine Tätigkeit begonnen. Eingeführt in die 2. Pfarrstelle wurde er am 25. September 1892. (Vgl. LKA EKvW Best 1, Nr. 1475). Hier irrt also die Chronik.

beleuchtet es die Auswirkungen der Spenger Schlacht auf ein scheinbar gänzlich unpolitisches und nichttheologisches Feld.

„Die Schlacht bei Spenge und die Mode.

Es ist eine bekannte Thatsache, daß die grüne Jugend der Sozialdemokratie nicht wenig auf ihr Äußeres gibt. Vom Inwendigen haben sie nicht allzu viel mit bekommen, da ist es natürlich, daß sie den alten Adam von außen möglichst herauszuputzen suchen. Wer so am Sonntag nachmittag die stark gesalbten oder von gebrannten Locken umwallten Häupter dieser Zukunftsmusikanten mit den nach allen Himmelsrichtungen, nur nicht lotrecht, aufgesetzten Kopfbedeckungen, mit den mächtig schweren, wie von purem Golde aus einer Tasche heraushängenden Ketten, denen häufig wohl die Uhr in der Tasche fehlt, mit den zierlichen Stöckchen in der Hand, an denen man nur ein Paar braune, rote oder zeisiggelbe Handschuhe vermißt, mit den hochfein glänzenden wie ‚auf neu‘ geplätteten Papierkragen und der rotseidenen Halsschleife darum, mit der in allen Farben schimmernden Busennadel aus Glas, der es nur an einem Diamanten mangelt, mit dem aus der Brusttasche hervorschauenden rotbunten Taschentuch, welches ungemein vornehm eine rote Nelke im Knopfloch so recht von Herzen ‚solidarisch‘ grüßt, ich sage, wem solch ein aufgeputzter ‚Lohnsklave‘ der Gegenwart auf der Straße begegnet, der denkt gewiß zunächst nicht an das ‚darbende Volk des Arbeiterproletariats‘. Gleichwohl sind es die waschechten Vertreter desselben. Man kann sich denken, wenn diese ‚Arbeiter‘ auf das Land kommen, dann haben sie das unausstehliche Bedürfnis, ihre baumwollene, rötlich angehauchte Kleiderbildung zu zeigen und vor den Landsleuten, die ein lebendiges Bewußtsein davon haben, daß der Ernst der Lebensanschauung mit dem Anblick des äußeren Menschen in etwa übereinstimmen soll, drehen sich die Helden des Zukunftsstaates wie radschlagende Puter auf dem Hühnerhof. Doch Putenfedern haben nicht überall denselben Wert. Als die sozialdemokratischen Modeherren so rotbunt nach Spenge kamen, wurden sie bekanntlich ein wenig gerupft, indem man ihnen gerade die helleuchtendsten Federn auszog. Dahin gehörten vor allem die roten Halsbinden, die roten Schleifen, Taschentücher und die roten Knopflochblumen. Es gab eben am Nachmittage des 9. August Stunden, in welchen es nicht gut war, die rote Bildung zu sehr zu zeigen: die roten Taschentücher krochen in die Tasche, die Blumen verloren das Knopfloch, die roten Schleifen warf man in einem verständigen Augenblick als thörichtes Spektakelstück auf die Landstraße. Selbst die roten Halsbinden wurden abgebunden. Aber nun zeigten die weißen blanken Papierkragen sich als Verräter. Da blieb wirklich nichts anderes übrig, trotzdem es Sonntag war, als in den nächsten Kurzwarenladen zu laufen, um zu kaufen, was an Halsbinden zu haben war; aber schwarz mußten sie sein, wegen des reaktionären Geschmacks

der Spenger Landleute, die man nicht unnötig betrüben mochte, nachdem man soeben Bekanntschaft mit ihnen gemacht hatte. Seit jener Stunde ist am weißen Kragen die alte ehrwürdige, allen Menschen wohlbekannt schwarze Binde plötzlich wieder sehr modern geworden. Man kann jetzt am Sonntag kreuz und quer durch Bielefeld gehen und wird kaum irgendwo ein rotes Läppchen entdecken. Vielleicht ist die Schlacht bei Spenge daran schuld, wenn im sozialdemokratischen Zukunftsstaat die alte langweilige schwarze Farbe auch wieder zu Ehren kommt, vielleicht wird noch manches von den ‚verrotteten Verhältnissen des Klassenstaates‘ in jenen Staat mit hinübergeworfen, vielleicht auch nehmen die Herren noch soviel Verstand mit hinüber, daß es schließlich ein ganz vernünftiger Zukunftsstaat wird.“

Kann ein Christ Sozialdemokrat sein?

Antwort: Nein, nein, und nochmals nein!

denn die Losung des Christen lautet:

Mit Gott, für König und Vaterland,
die Losung des Sozialdemokraten lautet:

Gegen Gott, gegen König, gegen Vaterland.

Die Losung des Christen lautet: **Mit Gott!**

Die Losung des Sozialdemokraten lautet: **Gegen Gott!**

Freilich suchen sie Euch vorzureden, daß sie auch auf Religion hielten, weil sie wohl wissen, daß sie Euch nicht gewinnen, wenn sie ihr wahres Gesicht zeigen. Aber wie treiben sie es sonst? **Wo sie wissen, daß sie es wagen können, veranlassen die Sozialdemokraten ihre Gesinnungsgenossen, aus der Kirche auszutreten.**

Hier noch einige Aussprüche der Sozialdemokraten über Gott, Religion, Kirche und Schule!

Im deutschen Reichstage erklärte der sozialdemokratische Parteiführer Bebel am 17. Juni 1872 und am 31. Dezember 1881: „**Wir erstreben den Atheismus**“, das heißt: **Wir wollen von Gott gar nichts wissen; wir wollen eine Gesellschaft gründen, in der der Glaube an Gott keinen Platz mehr hat.**

Ein anderer Parteihauptling der Sozialdemokraten, Liebknecht, rief auf dem Kongress der Sozialisten in Halle aus: „**Wir erkennen weder eine himmlische noch eine irdische Autorität an**“ oder deutsch ausgedrückt: **Wir wollen weder einen himmlischen König noch einen irdischen König.**

Derselbe Liebknecht sagte am 25. Januar 1890: „**Die neue Religion für die Massen ist die Sozialdemokratie**“.

Die sozialdemokratische Zeitung „Sozialdemokrat“ schrieb in Nr. 21 v. Jahre 1884: **Es müßte das Christentum, „diese blödsinnige Religion, aus dem Gehirne der Menschen vertrieben werden.“**

Zum Osterfeste 1903 schrieb die sozialdemokratische „Leipziger Volksztg.“: „**Gesetzt der Zimmermannssohn von Nazareth hätte je gelebt und so gelebt, wie die Evangelien von ihm berichten, wie oft schon und wie weit ist dies Leben vom Leben tausender und abertausender Proletarier (Besitzloser) an Aufopferung, Menschenliebe, Uneigennützigkeit, Todesverachtung übertroffen worden**“.

Genosse Dr. Erdmann sagt in den Sozialistischen Monatsheften 1904, I. Bd. 516: „Wir haben gar keinen Anlaß, ein Hehl daraus zu machen, **daß die Sozialdemokratie der Kirche — ob katholisch oder evangelisch — feindlich gegenübersteht** und daß wir unsere Forderungen mit besonderer Entschiedenheit deshalb stellen, weil wir wissen, daß wir damit die Macht der Kirche brechen werden!“

Bebel in der Schrift: Christentum und Sozialismus S. 16 (1901): „**Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser**“

Genosse Lofinsky in Sozialist. Monatsheft. 1902, I. Bd., S. 130: „Im großen und ganzen können wir also sagen, daß es kaum ein anderes sozial-ethisches System gibt, welches dem Sozialismus mehr wider-

sprache als das Christentum. **Sozialist sein heißt zugleich Antichrist sein, der endgültige Sieg des Sozialismus wird nur möglich sein durch die endgültige Überwindung des Christentums.**"

Der Religionsunterricht in der Schule ist den sozialdemokratischen Führern besonders ein Dorn im Auge.

Bebel sagt Glossen S. 28: „**Es darf kein Zögling von Staats- und Gemeindegängen in religiösen Dingen Unterricht genießen.**"

Genosse Dr. Arons, Parteitag f. Preußen 1904, Protokoll 42: „Wir Sozialdemokraten müssen uns aber an die Spitze des Kampfes um die Schule mit der Forderung stellen: **„Fort mit der Religion aus der Schule!**" (lebhafter Beifall).

Genosse Zubeil, Parteitag f. Pr. 1904, Prot. S. 59: „Es wird uns ja immer gesagt, wir sollen draußen (auf dem Lande) **inbezug auf die Religion nur vorsichtig vorgehen, damit wir nicht anstoßen**, es könnten bei den nächsten Wahlen wieder ein paar Stimmen verloren gehen. Für mich steht in erster Linie die **Bekämpfung des Religionsunterrichts in der Schule . . .**"

Die Grundzüge von Kautsky-Schönlank (S. 44) sagen: „**Die Unterweisung der Kinder mit religiösen Dingen zu verweigern, ist ein grundsätzlicher Fehler.**"

„Vorwärts" vom 1. Juni 1892: „Wir würden Kirche und Pfaffen auch dann bekämpfen, wenn die Pfaffen und Klüster die gewissenhaftesten und pflichtgetreuesten Menschen wären."

In dem sozialdemokratischen Parteiprogramm stehen die Worte: **Religion ist „Privatsache,"** das soll heißen: Mit der Religion kann es jeder Sozialdemokrat halten, wie er will, er kann an Gott glauben, er kann auch den Gottesglauben verwerfen.

Liebthrecht, Parteitag in Halle: „**Warum sagt die sozialdemokratische Partei in ihrem Programm noch immer „Religion ist Privatsache?" „Weil dieser Satz der Partei sehr gute Dienste geleistet hat.**"

Ferner wurde auf demselben Parteitage gesagt: „**Welche Dienste hat dieser Satz geleistet? Er hat viele über die Feindseligkeit der Sozialdemokratie gegen die Religion getäuscht, besonders die mit den Zielen der Sozialisten weniger bekannten Landleute. Welche Anweisungen gibt daher die Partei ihren Rednern für Versammlungen auf dem Lande? Sie sollen die Religion ganz aus dem Spiele lassen.**"

Ferner auf dem Parteitage zu Halle: „**Wie drückt die Partei ihre wahre Gesinnung über die Religion aus? Wenn wir einmal den sozialistischen Staat haben, werden wir leicht mit der Religion fertig werden.**"

Die Losung des Christen lautet: **Für den König!** die Losung des Sozialdemokraten lautet: **Gegen den König!**

Die Sozialdemokratie ist ein Feind jeder Herrschaft und jedes Fürsten. Bebel sagt in den Glossen (S. 47): „**Die letzte, sich vorbereitende, große, soziale Umgestaltung hat . . . als Ziel die Vernichtung aller Herrschaft auf ihre Fahne geschrieben; sie trachtet danach, alle Formen dieser Herrschaft, also die sozialen, politischen, religiösen, zu beseitigen.**"

Bebel in f. Zukunftsstaat S. 28: „**Wir sind gegen alle Autoritäten, die himmlischen wie die irdischen.**"

Bebel fordert: „**Aufhebung des Staates und Schaffung einer Organisation der Verwaltung,**" (Zukunftsstaat S. 30).

„**Mit dem Staate verschwinden auch seine Repräsentanten (Vertreter), Minister, Parlament, stehendes Heer, Polizei und Gendarmen, Gerichte, Rechtsanwälte und Staatsanwälte, Gefängnisbeamte, die Steuer- und Zollverwaltung,**" (Bebel, Die Frau, S. 397."

Daß die Sozialdemokratie den König nicht ehrt, wie Gottes Wort gebietet, ist bekannt. Kein Kaiserhoch kommt über ihre Lippen. Sie hat nicht einmal mitgefiebert, als wir den 100-jährigen Geburtstag Kaiser Wilhelms des Großen im Jahre 1897 feierten.

So oft irgend ein König oder Fürst von Frevelerhand ermordet wurde, feierten die Sozialdemokraten solch einen Königsmörder wie einen Helden.

Die Losung des Christen lautet: **Für das Vaterland!** Die Losung des Sozialdemokraten lautet: **Gegen das Vaterland!**

Die erste Grundlage unseres Vaterlandes ist die christliche Ehe.

Die Sozialdemokratie will die christliche Ehe zerstören. In seinem Buch von der Frau lehrt Bebel die freie Ehe, (d. h. wilde Ehe.)

Die sozialdemokratische sächs. Arbeiterzeitung, 13. April 1890, schreibt: „Die Arbeiter können die Ehe auf Probe realisieren (verwirklichen), und sie tun es fast durchgängig.“ Ist solche eine Ehe christlich?

Der Sozialistenführer Engels, Ursprung der Familie, sagt S. 60: „Wenn man sich nicht vertragen kann geht man auseinander.“ Ist solch eine Ehe christlich?

Die zweite Grundlage, worauf unser Vaterland ruht, ist das Privateigentum.

Das Privateigentum soll aufgehoben werden, fordert die Sozialdemokratie in ihrem Erfurter Programm. Und zwar alles und jedes Eigentum soll aufgehoben werden, nicht nur das Eigentum des reichen Mannes, sondern auch das des kleinen Mannes.

Das nicht nur das Eigentum des Reichen aufgehoben werden soll, beweisen folgende Aussprüche der Sozialdemokratie über Handwerker- und Bauernstand: „Wir wollen freilich den Kleinbesitz gewinnen, jedoch nur, indem wir ihn überzeugen, daß er als Besitzer keine Zukunft hat, sondern daß seine Zukunft die des Proletariats (der Besitzlosen) ist.“ (Protokoll des Breslauer Parteitag, S. 110).

„Es ist uns nicht eingefallen, die fortschreitende Entwicklung des Großbetriebes, auch im Warenhausverkehr, und die allmähliche Vernichtung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb als bekämpfenswert hinzustellen. Es ist wünschenswert, daß dieser Entwicklungsprozess sich möglichst rasch vollende.“ (Singer im Reichstag 1893.)

„Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten haben wir (Sozialdemokraten) keinen Grund“. Protokoll des sozialdemokratischen Parteitags in Breslau S. 125.

„Es gibt keinen egoistischeren (selbstsüchtigeren), keinen rücksichtsloseren, keinen brutaleren und auch keinen bornierteren (dummeren) Menschenschlag als die bäuerliche Klasse, gleichviel welcher Gegend“. Sozialdem. Münchener Parteitag 1902. Der badische Abgeordnete Weß sagt: **„Er wolle dem Bauern seine Hoffen zum Privateigentum austreiben“.**

Die dritte Grundlage unseres Vaterlandes ist Heer- und Staatswesen.

Wie feindselig die sozialdem. Führer unserm Vaterlande gegenüberstehen, zeigen folgende Aussprüche: „Das Wort: Vaterland,“ ruft Liebknecht aus, „das ihr im Munde führt, hat keinen Zauber. Vaterland in eurem Sinne ist uns ein überwundener Standpunkt, ein reaktionärer, kulturfeindlicher Begriff.“ — Und Bebel sagt in seinem Buche: Unsere Ziele: „Der sozialistische Gedanke kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden. Er muß ihn stürzen, um ins Leben treten zu können. Kein Friede mit dem heutigen Staat!“

Weil die Sozialdemokratie ein Feind des Vaterlandes ist, ist sie auch ein Feind unseres Heeres, das unser Land und Volk sichert.

Liebknecht hat auf dem Züricher Sozialistenkongress 1893 gesagt: „Ist der Militärstreik erst durchführbar, dann hat auch die Stunde des Kapitalismus geschlagen. So weit sind wir aber heute noch nicht. Die schwerste Arbeit liegt noch vor uns, und die besteht nicht in kindischer Kasernenverschwörung, sondern in uner müdlicher sozialistischer Agitation; diese lähmt den Moloch. Man Sorge dafür, daß immer mehr sozialistische Rekruten in die stehenden Heere eintreten, dann wird auch das natürliche Ende des Militarismus — das heißt unseres jetzigen Heeres — beschleunigt werden.“

Als 1870 Bürger und Bauer gegen den Franzosen einmütig sich wendeten, vertraten die Sozialdemokraten die Sache der Franzosen und stimmten gegen die Mittel zum Kriegsführen. — Als im Jahre 1900 unser Gesandter in China von den Yagern meuchlings ermordet war, standen die sozialdem. Zeitungen

auf der Seite der Chinesen — gegen das Vaterland. — Als unsere wackeren Soldaten im Herero-
 aufstande 1904—06 unter unfählichen Mühen und Strapazen ihr Blut fürs Vaterland vergossen, da
 schaute sich die sozialdem. Presse, insonderheit die „Münchener Post“ nicht, den Heldentod unserer
 Brüder mit dem Abschachten eines Schweines zu vergleichen.

Die Sozialdemokraten haben gestimmt gegen alle Gesetze, die gemacht sind, unser Heer und unsere
 Flotte zu stärken, gegen die Gesetze, welche alljährlich die Einnahmen und Ausgaben des deutschen Reiches
 festsetzen.

Außerdem ist in unserm Vaterlande von großer Bedeutung die Fürsorge für den
 Arbeiterstand, den kleinen Mann. Was haben darin die Sozialdemokraten geleistet?

Sie haben gestimmt:

- 1881 gegen die Einführung der Börsensteuer;
- 1885 gegen die schärfere Ausgestaltung derselben;
- 1894 gegen die erste Erhöhung der Börsensteuer;
- 1900 gegen die neue Erweiterung derselben;
- 1883 gegen die Krankenversicherung;
- 1884 gegen die Unfallversicherung;
- 1889 gegen die Invaliditäts- und Altersver-
sicherung;
- 1890 gegen die Einführung der Gewerbe-
gerichte.
- 1991 gegen das Arbeiterchutzgesetz, welches
brachte den Schutz der Jugendlichen, Arbeit-
verrinnen, die Sonntagsruhe, Sicherung des Arbeits-
vertrages, Einschränkung der Arbeitszeit usw.;
- 1896 gegen das Börsengesetz;
- 1896 gegen das Gesetz betr. den unlauteren
Wettbewerb;
- 1896 gegen das Bürgerliche Gesetzbuch;
- 1900 gegen die Erhöhung des Lotteriestempels u. gegen
die Besteuerung der Wetteläufe bei Rennen;
- 1900 gegen die den Großhandel betreffende Be-

- steuerung der Schiffsfrachtkunden ent-
sprechend dem Frachttetrage;
- 1900 gegen die Erhöhung des Zolles auf aus-
ländischen Champagner;
- 1902 gegen alle Zölle auf Luxusgegenstände
und andere Luxusgegenstände;
- 1902 gegen das Gesetz über die Seemannsordnung;
- 1903 gegen die Verlängerung des Kranken-
geldes von 13 auf 26 Wochen!
- 1903 gegen das Gesetz betr. Entschädigung
unschuldig Verurteilter;
- 1903 gegen die Kaufmannsgerichte;
- 1904 gegen die Resolution zur Beseitigung des un-
lauteren Wettbewerbs betr. Warenhäuser,
Schwindelauctionen, Abzahlungsgeschäfte usw.;
- 1906 gegen die Automobilsteuer, welche doch
die kleinen Leute nicht trifft!
- 1906 gegen den Zoll auf die teuren Import-
zigaretten;
- 1906 gegen die Wehrsteuer, welche den Soldaten
und Kriegsveteranen zugute kommen sollte!

Wenn Ihr Euch so das wahre Gesicht der Sozialdemokratie anschaut,
 so stellt Euch die Frage noch einmal:

Kann ein Christ, der das Wort kennt: Gebt dem
 Kaiser, was des Kaisers ist, und Gotte, was Gottes ist,

Sozialdemokrat sein?

Und die Antwort kann nur lauten:

Nein, nein und nochmals nein!

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!